
Michael Hennes

Hintergründe

Zur außenpolitischen Profilsuche der SPD

Michael Hennes, geb. 1965 in Köln, Studium der Volkswirtschaftslehre und der Politischen Wissenschaften in Köln, Veröffentlichungen zur Außen- und Sicherheitspolitik, lebt als freier Journalist in Pulheim.

Der Ministerpräsident des Saarlandes scheint ein begabter Provokateur zu sein. Ein ums andere Mal stürzt er die Bonner Republik in Grundsatzdebatten. 1983 forderte Oskar Lafontaine, daß die Bundesrepublik zum Schutz vor einem begrenzten Atomkrieg aus der militärischen Integration der NATO ausscheiden müsse.¹ Im Januar 1992 hat Lafontaine eine dramatische Kehrtwendung vollzogen. Unter dem Eindruck des Endes der Ost/West-Konfrontation

¹ O. Lafontaine, *Angst vor den Freunden. Die Atomwaffenstrategie der Supermächte zerstört die Bündnisse*, Reinbek 1983, S. 85-88.

und der neuen atomaren Gefahren in der zerfallenen Sowjetunion,² erkannte der stellvertretende Vorsitzende der SPD neue Aufgaben für die NATO. Am 11. Januar 1992 befürwortete er öffentlich, daß die Schutzgarantie der NATO ausgedehnt werden müsse - auf die Nachfolgerepubliken der Sowjetunion und auf Osteuropa.³

Lafontaines Vorstoß war mehr im Stil als dem Inhalt nach ein Solo. Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt und sein langjähriger Chef denker Egon Bahr hatten ihm vorab „vorsichtige Zustimmung“ für die NATO-Erweiterung signalisiert.⁴ Aus der Fraktion schloß sich sogleich der Vorsitzende Hans-Ulrich Klose dem Kreis der Befürworter an, ebenso der neue außenpolitische Sprecher Rarsten Voigt.⁵ Der Bundestagsabgeordnete Günter Verbeugen fand hingegen drastische Worte der Ablehnung: „Wenn ich es nicht besser wüßte, würde ich sagen: Der spinnt.“⁶ Voigts Amtsvorgänger Norbert Gansei entschuldigte Lafontaines Ideenspiel lapidar mit der bekannten Neigung des Saarländers, „Tabus zu verletzen“.⁷ Gansels Landesvorsitzender, der frisch gekürte Kanzlerkandidat Björn Engholm, übte sich in auffälliger Zurückhaltung. Lafontaine - ein Quertreiber oder doch ein Vordenker?

Die Versuchungen des „Neutralismus“

In den Jahren des Kalten Krieges ist die Sozialdemokratie gerne eines Hangs zum Neutralismus verdächtigt worden, schienen Sozialismus und Kommunismus sich doch in ihrer Kritik am Kapitalismus und der amerikanischen Supermacht zu treffen. Vollzieht sich jetzt mit dem Ende des Kalten Krieges ein radikaler Kurswechsel? Im Februar 1990 hieß es: „Nach Auffassung auch der Sozialdemokraten scheidet eine Neutralität alter Art - also zwischen westlichem und östlichem Militärbündnis - als sicherheitspolitischer Status für Deutschland aus.“⁸ Die NATO ist das außenpolitische Reizobjekt der SPD. Zugleich bedeutet das Atlantische Bündnis den wichtigsten Prüfstein ihrer außenpolitischen Mehrheitsfähigkeit. Dieser Widerspruch begleitet die SPD seit Gründung der Bundesrepublik.

Im Zuge der Diskussion über die äußere Einbettung der deutschen Einheit 1989/90 trat eine sorgsam verdeckte Ambivalenz kurzzeitig zu Tage. Altkanzler Schmidt warnte damals vor dem Hintergrund der sich anbahnenden Vereinigung: „Eine Auflösung der militärischen Bündnissysteme sollte für den Rest des 20. Jahrhunderts nicht zur Debatte gestellt werden.“⁹ Schmidt teilte weitgehend die Verhandlungsposition der Bundesregierung bei den später aufgenommenen 2+4-Gesprächen. Wenige Tage später stieg hingegen

2 Vgl. das Streitgespräch zwischen O. Lafontaine und V. Ruhe, in: Der Spiegel (DSp) 6/92, S. 31.

3 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, IS. 1. 92.

4 Laut DSp 5/92, S. 22.

5 „Die Zielsetzung des Vorschlags ist richtig“ (K. D. Voigt, zit. n. Parlamentarischer Politischer Pressedienst, 15.1. 92); „geeignetes Instrument“ (H. U. Klose, zit. n. Die Welt (DW), 17.1. 92.

6 Zit. n. Bonner General-Anzeiger, 17.1. 92.

7 Zit. n. DW, 17.1. 92.

8 F. Gerster, Keine Alternative zur NATO?, in: Sozialdemokratischer Pressedienst (SPrD), 16. 2. 90.

9 H. Schmidt, Was jetzt in Deutschland geschehen muß, in: Die Zeit, 15.12. 89.

der große außenpolitische Vordenker der achtziger Jahre, Egon Bahr, auf das Podium des Berliner Parteitags und forderte: „Wir dürfen nicht jene Volksverdummung durchgehen lassen, daß aus demselben Mund die NATO zur Staatsraison der Bundesrepublik geadelt und die Einheit versprochen wird.“¹⁰ Es wurde in der Folge die Fehleinschätzung eines großen Teils auf dem rechten Flügel und im Machtzentrum der SPD, daß die deutsche Einheit nur zum Preis einer absehbaren Auflösung des westlichen Bündnisses zu haben sein würde. Und das nationale Interesse sollte über der NATO stehen. Der Warschauer Pakt war zu diesem Zeitpunkt bereits de facto zerfallen, Moskau hielt aber den Schlüssel zur deutschen Einheit weiterhin in Händen. Die Sowjetunion verweigerte die Einbeziehung des deutschen Ostens in die NATO. Es drohte ein verdecktes Zusammenspiel London-Paris-Moskau, das entweder die deutsche Einheit verhindern oder doch die ehemalige DDR bei der Vereinigung drastischen Beschränkungen unterwerfen würde.

Mit einem vehementen Diskussionspapier für die Fraktion warnte der „Seeheimer“ Florian Gerster im April 1990 vor der Entstehung eines „Zwei-Zonen-Staates unter alliierter Kontrolle“.¹¹ Es kam in der Folge zu einer Zweckgemeinschaft des linken und rechten Flügels gegen das zwischen beiden gelagerte Machtzentrum der Partei.¹² Das Machtzentrum verfolgte seit 1987 in der Außenpolitik das Angebot an die Regierung für „gemeinsame Initiativen“ etwa bei der Abrüstung und der Europapolitik.¹³ Hintergrund dieser Strategie war nicht nur inhaltliche Überernstimmung vor allem mit dem Auswärtigen Amt, sondern das Bemühen, die Koalitionsfähigkeit gegenüber den Freien Demokraten nicht zu verlieren.

Im März 1990 hatte das Machtzentrum in einer Ausarbeitung des außenpolitischen Fraktionssprechers Horst Ehmke und seines Stellvertreters Karsten Voigt die Position des „Genscher-Planes“ zur äußeren Einbettung der deutschen Einheit übernommen: Das vereinte Deutschland sollte demnach unter einer Reihe von Sicherheits- und Abrüstungsgarantien Mitglied der NATO bleiben.¹⁴ Gegen diese Festschreibung des westlichen Bündnisses machte sogleich der linke Flügel mobil. In einem von Heidemarie Wieczorek-Zeul, Mitglied des Parteivorstands, und dem Abrüstungsexperten Hermann Scheer vorgelegten Änderungsantrag war die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands nur noch für eine „Übergangsphase“ vorgesehen und an die Voraussetzung einer grundlegenden Bündnisreform geknüpft.¹⁵ Die auch vom „Ehmke-Plan“ angestrebte Bildung eines „Europäischen Sicherheitssystems“, das schließlich die Blöcke ablöst, wäre hiermit als verbindlich vorgeschrieben worden.

10 E. Bahr, Rede am 1. Tag, SPD-Parteitag in Berlin, 18. - 20.12. 89 (Prot.), S. 145.

11 Später veröffentlicht in: S+F 2/90, S. 69-73.

12 Zur Struktur der Partei vgl. M. A. Weiller, SPD security policy, in: Survival November/December 1988, S. 518; E. Leonhard, Wo sind Schmidts Erben? Die SPD auf dem Weg zur Macht, Stuttgart 1991, S. 41-47.

13 Dargelegt als außenpolitische Antwort auf die Regierungserklärung bei: H. Ehmke, Rede vor dem Deutschen Bundestag in Bonn, 20. 3. 87. Stenografische Berichte, 11. Wahlperiode, 6. Sitzung, S. 275-282.

14 Endfassung als: „Von der Konfrontation der Blöcke zu einem Europäischen Sicherheitssystem“. Vorlage des Fraktionsvorstands und des Parteipräsidiums der SPD, 22. 4. 90.

15 H. Scheer/H. Wieczorek-Zeul, Änderungsanträge zum Papier „Von der Konfrontation ...“, 24. 4. 90.

Für die NATO hätten die Überlegungen des linken Flügels den sicheren Anfang vom Ende bedeutet. In einer heftigen Diskussion des außenpolitischen Arbeitskreises und der Fraktion auf zwei Marathonsitzungen am 24. April 1990 wurde der „Ehmke-Plan“ mit Mehrheit angenommen. Das Machtzentrum hatte sich noch einmal durchgesetzt und sollte nachträglich mit seiner Einschätzung der Lage recht behalten: Die in ihrer Reichweite auch von der Delegation des Kanzlers nicht erwarteten Zugeständnisse¹⁶ des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im Juli 1990 verhinderten, daß aus der deutschen Einheit die drohende „Zweiteilung unserer Sicherheit“¹⁷ wurde.

Das große Zugeständnis des Machtzentrums an den linken Flügel (sowie der Bundesregierung an die sowjetische Regierung) war die Fortentwicklung der KSZE zu einem System der kollektiven Sicherheit in Europa. Diese Bringschuld von Kohl und Genscher an Gorbatschow¹⁸ war für viele zugleich die erste Rate auf den Zerfall der NATO. Für große Teile vor allem des linken Flügels der SPD war die Entwicklung eines „Europäischen Sicherheitssystems“ im April 1990 an die Vorstellung einer langfristigen Auflösung der NATO geknüpft.

Bis heute hat sich hieran nichts geändert. Denn die sowjetische Bedrohung ist zerfallen, Washington geht es aus Sicht des linken Flügels bloß noch darum, „die weltweite Angriffsfähigkeit der US-Armee zu erhalten — und die hängt entscheidend vom Recht zur Nutzung der NATO-Infrastruktur in Europa ab“.¹⁹ Auf dem Bremer Parteitag 1991 lehnte Konrad Gilges vom linksgerichteten „Frankfurter Kreis“ eine Öffnung der Bundeswehr für Blauhelm-Einsätze ab. Stattdessen wolle er darüber diskutieren, ob die NATO nicht durch ein System der kollektiven Sicherheit überwunden werden müsse.²⁰

Schwieriger gestaltete sich die Gratwanderung des rechten Flügels, dessen NATO-Kritik allein auf den Bruch der amerikanischen Hegemonie zielt und damit „gaullistische“ Züge trägt. Auch hier war 1990 die Sorge um das Zustandekommen der deutschen Einheit bestimmend. Der rechte Flügel schwenkte aber auf die Implikationen des Ehmke-Papiers ein, wonach die NATO zukünftig die Rolle eines „sicherheitspolitischen Forums“ und militärischen „Kerns“ der gesamteuropäischen Sicherheit spielen würde. Der NATO wurde zugestanden, daß sie dem mißtrauischen Ausland die feste Einbindung des größeren Deutschlands garantiere und zugleich „die enge Verbindung Europas zu Nordamerika“ aufrechterhalten sollte.²¹

Das zwischenzeitliche Abdriften vom westlichen Bündnis wurde nachträglich damit begründet, daß man im Frühjahr 1990 die Lage falsch eingeschätzt

16 Vgl. H. Teltchik, „De Barn is g'schält“. Helmut Kohls Weg zur deutschen Einheit, DSP 41/91, S. 132 f.

17 F. Gerster, Anm. 11, S. 73.

18 Vgl. M. Hennes, Zeitenwende - Deutschland, die Bündnisse und Europa, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/90, S. 570 f.

19 G. Schmid, Amis raus aus unserer NATO?, in: Vorwärts (VW), Dezemberr 1991, S. 9.

20 K. Gilges, Diskussionsbeitrag am 3. Tag, SPD-Parteitag in Bremen, 28. - 30. 5. 91. S. 466 f.

21 So etwa F. Gerster, Nach dem Kalten Krieg. Die sicherheitspolitische Zukunft Deutschlands in Europa, in: Atlantischer Kurier 4/90, S. 1 f.

habe: „Die Einbindung der Bundesrepublik in die Allianz war nicht Hindernis, sondern Vorbedingung für die deutsche Einheit; das wissen wir inzwischen.“²² Mit einer reformierten NATO konnte man sich also arrangieren. Verbunden war diese neue Position mit der Vorstellung, nach Artikel 10 des NATO-Vertrages „alle europäischen Demokratien zum Beitritt einzuladen“.²³ Der Lafontaine-Vorschlag vom Januar 1992 hatte also schon Vordenker: im Machtzentrum und auf dem rechten Flügel. Allerdings war im Dezember 1991 nicht nur Osteuropa, sondern ebenfalls die Sowjetunion aus dem alten Zusammenhalt herausgefallen. Das fügte Lafontaine jetzt ein.

Das machtpolitische Lehrstück

In der Schlüsselerkenntnis von 1990 wurde zweierlei deutlich. Zum einen war der oberste Richtwert außenpolitischer Programmentwicklung zumindest auf dem rechten Flügel das Handeln im nationalen Interesse; diese auch für das Machtzentrum wichtige „nationale Komponente“ ist allerdings von der SPD „bei weitem nicht immer deutlich genug sichtbar gemacht worden“.²⁴ Zweitens wurde auf beiden Flügeln das Atlantische Bündnis keineswegs als sakrosankt betrachtet (der Unke Flügel zielte offen auf seine Auflösung). Die augenscheinlich gewaltige Provokation²⁵ von Lafontaines These einer Ausdehnung der NATO nach Osten blitzt damit grell auf:

Entweder bricht sie radikal mit Punkt zwei oder sie verfolgt auf geradezu subtile Weise die Auflösung der NATO, indem diese praktisch auf den Umfang eines „Europäischen Sicherheitssystems“ aufgeblasen wird und damit in die KSZE übertragen werden könnte. Der Parteilinke Gerhard Schmid verwarf eine Ausdehnung der NATO, weil sie ein „Monstrum“ schaffe, „einen wasserdichten verbündeten reichen Norden gegenüber einem armen Süden“.²⁶ CDU-Generalsekretär Volker Ruhe kommentierte völlig konträr: „Wer das NATO-Bündnis bis zum Ussuri ausweiten will, wird es kaputt machen.“²⁷ In einem „Spiegel-Streitgespräch“ mit Ruhe bezeichnete es Lafontaine selber als die Frage, ob man die KSZE „in ein neues kollektives System der Sicherheit mit Bündnis- und Beistandsverpflichtung transformieren will oder ob man sukzessive die NATO erweitert, mit letztendlich demselben Ergebnis“.²⁸

Um den Hintergrund noch genauer auszuleuchten, muß in die Geschichte zurückgeblickt werden. Der Kurs der „gemeinsamen Initiativen“ wurde ja bereits oben Fragen der Parteistrategie zugeordnet. Wie konnte die SPD über

22 Ders., EG, NATO, WEU? KSZE!, VW Januar 1992, S. 17.

23 F. Gerster, Anm. 21, S. 2.

24 W. Brandt, Abschiedsrede vor der SPD-Bundestagsfraktion von 1987, dok. in: Förderkreis Politische Rhetorik (Hg.), Redekostbarkeiten 1987, Bonn 1988, S. 40.

25 „Wir können doch nicht ein Jahr vorher darüber spekulieren, ob die NATO ihre Existenzberechtigung als Teil eines weltweiten Blocksystems verloren hat, und dann ein Jahr später die NATO ohne substantielle Reflektion zur großen Mutter machen... Das führt zu plötzlichen Irritationen, die dann auch 950 000 andere SPD-Mitglieder aushallen müssen.“ (B. Engholm, Interview, DSp 5/92, S. 24).

26 G. Schmid, Anm. 19.

27 Zit. n. Welt am Sonntag, 19.1. 92.

28 O. Lafontaine, Anm. 2, S. 32.

haupt von der systemkritischen Oppositionspartei der fünfziger Jahre zur Kanzlerpartei der siebziger werden? Das machtpolitische Lehrstück beginnt mit dem späteren Außenminister und Kanzler Brandt, der 1957 als Regierender Bürgermeister von Berlin den Kurs der Gemeinsamkeit mit der Regierung Adenauer propagierte. Ab 1960 wurde die „gemeinsame Außenpolitik“ Sache des „Führungsdreiecks“ Brandt-Erler-Wehner und zunehmend auf die Innenpolitik ausgedehnt. Seit 1961 war die „Umarmungs-Strategie“ dann Wahlkampflinie der SPD.²⁹

Auf dem Parteitag von Bad Godesberg hatte die SPD im November 1959 als ersten Schritt nicht nur ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft abgelegt, sondern ausdrücklich ihr „Ja“ zur Landesverteidigung und damit zu Konrad Adenauers Remilitarisierung erklärt. Die Sozialisten wurden zu einer „Volkspartei“, wie sie im angelsächsischen Raum treffend als „catch-all-party“ charakterisiert wird: ein breites soziales Wahlbündnis von Unter- und Mittelschicht trug die SPD von Godesberg aus zur Macht.³⁰ Willy Brandt und Fritz Erler argumentierten in Bad Godesberg, das neue Programm werde es den Konservativen erschweren, ein Zerrbild über die SPD zu verbreiten. Dieser Schritt sei notwendig, um die Führung im Bund anzustreben.³¹

Der nächste Schritt wurde mit der berühmten Bundestagsrede von Herbert Wehner am letzten Debattentag vor der Sommerpause des Jahres 1960 vollzogen. Ausgerechnet der vielerorts als „Altkommunist“ diffamierte Wehner³² erklärte die Adenauersche Westintegration zur fortan gültigen Grundlage der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik.³³ Nach dem Urteil von Rudolf Augstein ging es der SPD um den Sturm aufs Kanzleramt. „Sie wollte, ganz schlicht, an die Macht, und zwar um fast jeden Preis. Es ist kein Zufall, daß ihr striktester Ideologe, Herbert Wehner, die Ideologie am weitesten und recht ungescheut über Bord warf.“³⁴ Bei Wehners Auftritt vor dem Bundestag vermerkte das Protokoll pointiert „Unruhe bei der CDU/CSU“. Die Techniker der Macht hatten begriffen, daß ihr Monopol jetzt bröckeln würde.

1959 hatte sich die SPD von der ewigen Oppositionsrolle einer systemkritischen Partei verabschiedet. Macht und Reformpolitik verschmolzen. Schon 1966 war Brandt Außenminister. Von der Regierung verdrängt wurden die Sozialdemokraten erst wieder, als ihr innerer Spagat aus Machterhalt und Reformwille unerträglich wurde: 1982 mit Wirtschaftskrise, Sozialabbau und Friedensbewegung. In der „Nachrüstungsdebatte“ giftete der CSU-Abgeord-

29 Vgl. B. W. Bouvier, *Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung*, Bonn 1990, S. 42-87.

30 Mit dem Hinweis hierauf warnte R. Löwenthal, *Identität und Zukunft der SPD*, in: *Die Neue Gesellschaft*, Dezember 1981, S. 1089.

31 Vgl. SPD-Ptg. Bad Godesberg. 13. -15.11.59 (Prot.), S. 74 f. (Brandt), 154 (Erler).

32 Besonders verbissen hierin K. Adenauer, vgl. H. P. Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 128, 153, 391, 498, 596.

33 H. Wehner, *Deutscher Bundestag*, 30.6.60. StB 3. Wp 122. Sg. S. 7056; sodann: Ders., *Rede am 1. Tag. SPD-Ptg. Hannover*, 21. - 25.11. 60, S. 104-116; in *Bekräftigung*: F. Erler, ebd., S. 122.

34 R. Augstein, *Wunder sind selten*, *DSP* 46/91, S. 22. „Das war eine rein kommunistische Dialektik und nichts anderes“ (K. Adenauer, *Rede vor dem CDU-Bundesvorstand in Bonn*, 23. 8.60, zit. n. *Anm.* 32, S. 598).

nete Theo Waigel 1983 einer gespaltenen SPD entgegen, sie habe seit Godesberg nur deshalb „glaubwürdige“ Außenpolitik betrieben, „um an die Macht zu kommen“. Mit dem Wechsel auf die Oppositionsbänke habe sich die SPD dann von einer „realistischen“ Sicherheitspolitik wieder verabschiedet, ihr wahres Gesicht gezeigt.³⁵ Doch Waigel hatte bloß die besondere Dialektik sozialdemokratischer Außenpolitik nicht verstehen wollen.

„Zentrales Anliegen der Seeheimer ist die Erhaltung - oder Wiedergewinnung - der Mehrheitsfähigkeit der SPD.“³⁶ Für das Machtzentrum gilt das gleiche, nicht dagegen für den ideologisch geprägten linken Flügel. In einer bürgerlichen Gesellschaft werden Sozialisten nur mehrheitsfähig, wenn sie bündnispolitische Realitäten und außenpolitische Interessen ihres Staates beachten. „Sicherheit“ und „nationales Interesse“ sind außenpolitisch die Grundwerte der bürgerlichen Gesellschaft seit ihrer Entstehung in der Neuzeit. Das Sicherheitsstreben der Menschen ruft nach einer verantwortlichen Machtpolitik, der sich Sozialdemokraten im Hinblick auf ihre „Regierungsfähigkeit“ stellen müssen.

„Verantwortliche“ Machtpolitik? Hat der Besitz der Macht etwa nicht immer wieder zu Drohung und Krieg verführt, darf hier von „Verantwortung“ gesprochen werden? Noch die deutsche Vereinigung des Jahres 1990 fügt sich mit glücklichem Verlauf in diese unglückselige Tradition der Machtpolitik. Die Tradition: „In der Bundesrepublik Deutschland nahm mit Helmut Kohl ein Kanzler die Entwicklungen in die Hand, der mit scharfem Gespür für strategische Gelegenheiten und entschlossenes Handeln im richtigen Moment vorging.“³⁷ Der Abgrund der Machtpolitik: In Moskau grübelten die Generäle der Roten Armee über das Szenario zur Intervention im deutschen Osten.³⁸ Kanzler Kohl, den die Londoner „Times“ damals „den Helden der Eroberung“ nannte³⁹, hätte in einer nationalen Katastrophe scheitern können.

An der machtpolitischen Verlässlichkeit kommen Sozialdemokraten nicht vorbei, wenn sie die bürgerliche Demokratie regieren wollen. Aber, und dies ist ihr wichtiger Vorzug: Sie gehen weitaus risikobewußter damit um als Konservative, weil die Sozialdemokratie den Pazifismus traditionell in den eigenen Reihen trägt.⁴⁰ Erst auf diesem Wege gelangt Reformpolitik an die Macht. Der Blick auf Japans SPJ und Englands Labour Party würde auch dort die gleichen Gesetzmäßigkeiten sozialdemokratischen Machterwerbs enthüllen. Aber wir wollen in Deutschland bleiben.

35 Dok. in: F. Duve (Hg.), Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag, Reinbek 1984, S. 85.

36 „Ein Seeheimer Beitrag zur sozialdemokratischen Programmdiskussion“. Hotelseminar in Bad Honnef, 11. 12. 87, S. 2. Das Papier wurde maßgeblich konzipiert von F. Gerster und D. Stobbe.

37 K. Kaiser, Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte, Bergisch-Gladbach 1991, S. 22.

38 Vgl. E. Schewardnadse, „Mir blieb keine andere Wahl“. Abrechnung nach dem Rücktritt. Teil u, DSp 23/91, S. 152,154.

39 „See the Conquering Hero“. Leitart, in: The Times vom 17. 7. 90.

40 Vgl. M. Longerich, Die SPD als „Friedenspartei“ - mehr als nur Wahltaktik?, Frankfurt a. M. u. a. 1990 (Diss./Frbg. i.Br.).

Utopien

Der Fraktionslinke Hermann Scheer forderte kurze Zeit nach Lafontaines Vorschlag zur NATO-Erweiterung, daß die SPD eigenes Profil entwickeln und notfalls eine Zeit lang damit alleine stehen müsse. „Immer hinter Genscher herzuhecheln, helfe der SPD nicht weiter.“⁴¹ Eine Reformpartei rechtfertigt ihre Existenz durch Utopien, die über die bloße Verwaltung des Status quo hinausweisen. Doch könnte gelten: „Einen gesellschaftlichen und kulturellen Aufbruch, wie er in den sechziger Jahren dem Machtwechsel vorausging, gibt es in Deutschland zur Zeit nicht. Krisenmanagement wird in Zukunft mehr gefragt sein als Reformeifer.“⁴² Der tiefere Grund der seit zehn Jahren anhaltenden Identitätskrise der deutschen Sozialdemokratie liegt in zwei parallelen Strömungen: dem Entstehen neuer sozialer Bewegungen mit der Friedensbewegung als letzter Eskalation und die nachfolgend einsetzende konservative Renaissance im Zeitgeist der achtziger Jahre. Die gesellschaftliche Spaltung zerstörte das breite Wahlbündnis der SPD.

Eine Reformpartei muß Utopien entwickeln, die mehrheitsfähig sind. Der KSZE ist nach dem Programm des Bremer-Parteitag vom Mai 1991 die schwere Rolle zugefallen, den Rahmen der gesamteuropäischen Sicherheit zu stellen. Hierzu ist die KSZE bislang angesichts mangelnder Integration ihrer mittlerweile 48 Mitgliedstaaten unbrauchbar. Auch wird den Völkern Westeuropas der Bedarf eines solchen politischen Umbruchs schwer zu vermitteln sein. Das zentrale Problem der „kollektiven Sicherheit“ wurzelt nämlich in der Frage, wie einem Störenfried aus dem eigenen Kreis entgegenzutreten ist. Die anderen Bündnismitglieder müßten zu einem wirksamen Eingreifen befähigt sein. Das erfordert den Verzicht auf nationale Souveränitätsrechte, einen Sicherheitsrat mit Sanktionsbefugnissen „und ein Kommando über integrierte Truppen für friedensbewahrende und friedenssichernde Einsätze“.⁴³

Die NATO kann hier äußerste Effektivität vorweisen. Als selbst nach fast fünf Jahrzehnten noch unzureichendes Vorbild der KSZE kann bloß die UNO gelten. Und so verstrickt sich die Parteilinke in ihren friedenspolitischen Widerspruch. „Die UNO ist ihrer Struktur nach zur Durchführung militärischer Aktionen nicht in der Lage. Das galt selbst in ihrer Glanzzeit, es gilt erst recht in ihrem jetzigen Zustand“, schmettete Horst Ehmke noch 1987 einen Vorstoß in der SPD-Fraktion ab.⁴⁴ Während der krankheitsbedingten Abwesenheit Ehmkes, der selbst ursprünglich vom linken Flügel stammt, hatte der Nachwuchs im Machtzentrum einen Vorstoß in Analogie zu Überlegungen der Bundesregierung gewagt: Sie wollten das Grundgesetz für eine Beteiligung der Bundeswehr an Blauhelm-Missionen und Kampfeinsätzen unter dem Mandat der UNO öffnen. Ehmke sprach sich damals für die Beschränkung auf

41 G. Hartwig, Genscher nachlaufen hilft nicht weiter, in: Stuttgarter Nachrichten vom 21.1.92.

42 E. Fuhr, Die SPD: Last der Vergangenheit und neuer Realismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APZ) 5/92, S. 13.

43 Siehe Anm. 22.

44 H. Ehmke, Schreiben an die Mitglieder des AK-I der SPD-Bundestagsfraktion, 24.11. 87, S. 2.

Blauhelme aus. Die Vorstellung einer Aktivierung des brachliegenden Kapitels VH der UNO-Charta (militärische Sanktionen unter Leitung des Sicherheitsrates) verwarf er als unrealistisch. Denn angesichts des amerikanischen Führungsanspruchs habe eine kollektive Kommandogewalt keine Chance. Was dann aber bleibe, sei lediglich „ein erster Schritt zur Aufweichung der bisherigen Linie aller Bundesregierungen“.⁴⁵ Und diese bis heute gültige Linie, vom Bundessicherheitsrat 1982 und 1983 (vor und nach der Bonner „Wende“) bekräftigt,⁴⁶ legt das Grundgesetz in dem Sinne aus, daß die Bundeswehr nur bei Verteidigungsfällen im Operationsgebiet der NATO eingesetzt werden dürfe.⁴⁷ Der Bremer Parteitag hat im Mai 1991 den Vereinten Nationen die Rolle eines globalen Sicherheitssystems zugeschrieben. Die Erfahrung des Golfkrieges lehrte, daß amerikanische Hegemonie unumschränkt operiert, wenn sie nicht in kollektive Institutionen integriert ist.

Diese kollektive Sicherheit soll eine Erweiterung der „Kompetenzen und Instrumente der Vereinten Nationen zur Konfliktvermeidung und Konfliktregelung“ einschließen. Notwendig sei hierfür eine institutionelle Stärkung des Generalsekretärs und eine Veränderung des Sicherheitsrates (Abschwächung der Vetogewalt seiner Ständigen Mitglieder, regionale Vertretung der EG und der Entwicklungsländer).⁴⁸ In einem entsprechenden Resolutionsentwurf für den Bundestag hieß es: „Langfristig ist anzustreben, daß allein die UNO militärische Zwangsmaßnahmen ergreifen darf (internationales Gewaltmonopol) und die Gewaltanwendung zwischen einzelnen Staaten illegitim wird.“⁴⁹

Das läuft vor allem auf eine Schwächung der USA hinaus, die seit 1970 die „Hauptvetomacht“ im Sicherheitsrat gewesen sind⁵⁰ und mit der NATO weit freier Machtpolitik betreiben können als über die UNO. Als „Interventionismus“ brandmarkte der Fraktionslinke Gernot Erler die Pläne der NATO zur Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe bis Ende 1994.⁵¹ „Wir stehen vor der Frage, ob die Japaner technologisch und die Amerikaner militärisch die Weltherrschaft übernehmen sollen.“⁵² Florian Gerster hielt der Linken in Bremen deshalb vor, daß ein Verzicht auf die auch militärische Stärkung der UNO gerade bedeute, „den Zustand der NATO“ zu verewigen.⁵³

Die EG ist vom Maastrichter Gipfel im Dezember 1991 de facto auf eine Zukunft als Wirtschaftsgemeinschaft beschränkt worden, die KSZE erfüllt ihre wichtigste Funktion vorerst als Forum der Abrüstung in Europa. In dieser

45 Ebd., S. 4 f.

46 H. D. Genscher, laut DSp 23/91, S. 21 f.

47 Der NATO-Bündnisfall tritt nur bei einem Angriff auf das nordamerikanische bzw. europäische Kerngebiet seiner Mitgliedstaaten und den angrenzenden Randmeeren ein. Umfang der Beistandsleistungen ist sodann dem nationalstaatlichen Ermessen überlassen (Art. S f. des NATO-Vertrags).

48 Angenommener Initiativantrag I zur Reform der Vereinten Nationen, Bremen, Anm. 20, S. 652 f.

49 Pt. 9 d des Resolutionsentwurfs, dok. in: Die SPD im Deutschen Bundestag, 5.12. 91.

50 Vgl. V. Löwe, Die Vetos im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (1983-1990), in: Vereinte Nationen, Januar 1991, 3.11.

51 G. Erler, Diskussionbeitrag am 3. Tag. SPD-Ptg. Bremen, Anm. 20, S. 485.

52 G. Schmid, Anm. 19.

53 F. Gerster, Diskussionsbeitrag am 3. Tag. SPD-Ptg. Bremen, Anm. 20, S. 507.

Rolle kann sie sich zwangsläufig weiterentwickeln. Der Abbau militärischer Potentiale sowie die Auflösung des Warschauer Paktes bewirken in Europa ein drastisches Absinken der Angriffsfähigkeit aller Nationalstaaten. Die Regierungen können also ihre äußere Sicherheit zunehmend selber unter einer defensiven Akzentuierung gewährleisten. Ihre Streitkräfte beschränken sich schrittweise auf Grenzverteidigung, während offensive Kapazitäten im Sinne einer „Eingreiftruppe“ an die kollektive Institution übertragen werden müßten.⁵⁴ Die KSZE bewegt sich unter Führung Genschers und des CSFR-Präsidenten Vaclav Havel zaghaft in diese Richtung.

Die sicherheitspolitische Rolle dieser kollektiven Eingreiftruppen und damit die eigentliche Aufgabe kollektiver Sicherheit wird nicht in der Beilegung zwischenstaatlicher Kriege liegen. Der jugoslawische Völkerstreit zwischen Serben und Kroaten verweist auf das zentrale europäische Sicherheitsproblem der Zukunft—den Nationalismus in den zerfallenden Staaten des ehemals kommunistischen Machtbereichs.⁵⁵ Die hier entstehenden Nationalismen müssen allesamt als Gegenleistung für Wirtschaftshilfe und Marktzugang das Vertragsregime der kollektiven Sicherheit anerkennen. „Keine Anerkennung eines neuen Staates, der nicht die ganze Skala der UNO- und KSZE-Selbstverpflichtungen akzeptiert hat, die die so sehnlichst erhoffte Souveränität gleich wieder einschränken.“⁵⁶ Damit wächst die KSZE schrittweise hinein in ein Regionalbündnis der kollektiven Sicherheit unter dem Dach der UNO.

Die Bremer Selbstfesselung

Es war die Bundesregierung, die am 30. Januar 1991 vor dem Bundestag das „Gespräch“ mit der Opposition über eine Verfassungsänderung suchte - für eine Beteiligung der Bundeswehr an Blauhelm-Missionen und Kampfeinsätzen unter UNO-Mandat.⁵⁷ Am 26. Februar wurde das vom SPD-Parteipräsidium mehrheitlich angenommen. Trotz ihrer öffentlich kritischeren Einschätzung der Aktionen am Golf teilte die SPD die Konzeption der Exekutive. Der bereits 1987 initiierte Kreis im Machtzentrum (Gansei hatte zwischenzeitlich Ehmke im Amt des außenpolitischen Fraktionssprechers beerbt) holte seine alten Vorstellungen aus der Schublade.

Im März geriet das Machtzentrum jedoch unter heftigen Beschuß der vom Golfkrieg aufgewühlten Friedensbewegung und des linken Flügels. Die Friedensbewegung sah in einer Änderung des Grundgesetzes das „Einfallstor“ für eine neue deutsche Machtpolitik.⁵⁸ Während auf dem rechten Flügel durchaus an eine aktivere Rolle Deutschlands in der Welt gedacht wird, glaubt der linke

54 So schon ders., Anm. 21, S. 2 f.

55 Vgl. P. Glotz, Die Einheit und die Spaltung Europas, APZ 6/92, S. 50-61.

56 F. Duve, Vom Ende der Souveränität, DS 39/91, S. 200; für die islamische Welt: H. Scheer, Europa und der islamische „Fundamentalismus“, in: Leviathan, März 1991, S. 28.

57 H. Kohl, Deutscher Bundestag, 30.1. 91. StB 12. Wp 5. Sp., S. 90.

58 Vgl. „Deutsche Soldaten in alle Welt? Gegen Schnellschüsse, wo es bitterernst ums Schießen geht!“ Offener Brief aus der Friedensbewegung an die Basis der SPD, in: Frankfurter Rundschau, 13.3. 91.

Flügel nicht an die deutsche Möglichkeit, Machtpolitik gegen die Richtungsweisungen der USA zu betreiben. Gedanken des Machtzentrums der SPD, die UNO durch aktive Teilnahme zu stärken, wurden als unrealistisch und vorge-schoben zurückgewiesen.⁵⁹ Auf ihrem Bremer Parteitag sprach sich die SPD im Mai 1991 daher mehrheitlich gegen die Öffnung der Bundeswehr für Aktionen „Out of Area“ aus. Die einzige Einschränkung sollten „Blauhelm-Missionen“ der UNO sein.⁶⁰

Dieser zwischen Björn Engholm, und Oskar Lafontaine ausgehandelte Kompromiß wurde vom Parteitagsredner Lafontaine mit den Worten verteidigt, zukünftigen Versuchen einer Ausdehnung werde er „beinhart“ entgegen-treten.⁶¹ In Wahrheit ist aber nicht nur die SPD, sondern ebenso die in der Regierung befindliche FDP „in hohem Maße skeptisch“ gegenüber allem, was über Blauhelme hinausgeht. Vor allem gilt dies für die Entwicklung einer Schnellen Eingreif truppe der NATO.⁶² Dieses vom Kanzler am Auswärtigen Amt vorbei im Mai 1991 verabredete NATO-Vorhaben strebt im Kern die Ein-beziehung der Bundeswehr in NATO-Einsätze nach Art der „Operation Desert Storm“ an. Frier wächst eine neue Belastungsprobe der Bonner Koalition heran. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Walter Kolbow, hat die Regierung aufgefordert, unmißverständlich auf derartige Ein-satzplanungen ohne vorherige Grundgesetzänderung zu verzichten.⁶³ Die Hardthöhe trägt sich jedoch weiterhin mit entsprechenden Planungen.

Mit ihrer Vorstellung einer institutionellen Stärkung der Vereinten Nationen kollidiert die SPD offen, wenn sie gleichzeitig keine Truppen für Kampfeinsätze unter UNO-Mandat zur Verfügung stellen will. Milde umschreibt der rheinland-pfälzische Bundesratsminister Gerster, die Position der Partei werde hierdurch „erschwert“. Es gehe vor allem um die Bündnisfä-higkeit. „Die Welt als Wille und Vorstellung“ ist einem Philosophen erlaubt; in der Politik müssen Bündnisse immer von neuem organisiert werden.“⁶⁴ Die SPD überläßt damit die Initiative dem Kräftespiel der internationalen Politik, das mit der „Operation Desert Storm“ den amerikanischen Führungsanspruch einmal mehr bekräftigt hat.

Die Formel von einem Ende der Konfrontation der Blöcke in einer europäi-schen Friedensordnung hat viele sozialdemokratische Programme als Utopie geziert. Mit dem Zerfall des Warschauer Pakts wurde sie erstmals Realität - im Osten. Die NATO und die ihr untergeordnete europäische Regionalorgani-sation der WEU haben sich parallel von der Ost/West-Achse in ein Nord/Süd-Verhältnis umorientiert. Das Konzept des Machtzentrums und des rechten

⁵⁹ Siehe etwa H. Wiczorek-Zeul, Bundeswehr-Auftrag darf nicht verändert werden, SPdD, 15. 3.91.

⁶⁰ SPD-Tg. Bremen, Anm. 20. Angenommener Antrag des Parteivorstands zur Außen- und Sicherheitspolitik, Pt. 5, S. 656 f.

⁶¹ O. Lafontaine, Einführungsreferat am 3. Tag. ebd., S. 456.

⁶² Vgl. K. B. Payne/M. Rühle, The Future of the Alliance: Emerging German Views, in: Strategie Review, 1991, S. 43.

⁶³ W. Kolbow, Deutscher Bundestag, 16.1. 92. StB 12. WP 70. Sg., S. 5884.

⁶⁴ F. Gerster, Anm. 22.

Flügels, weiterhin auf die NATO als dem sicherheitspolitischen Kern der Bündnispolitik zu setzen, konnte mit dieser Entwicklung kaum noch aufrechterhalten werden. „Niemand sagt: Ami go home! Eine militärische Anwesenheit der Amerikaner in Europa gibt auch in Zukunft Sinn, allerdings anders als in der NATO organisiert“, schrieb der Europa-Abgeordnete Schmid.⁶⁵

Der linke Flügel weiß natürlich, daß es bei der Auflösung der NATO um nichts anderes geht als den Bruch mit der amerikanischen Hegemonie. Es ist die NATO, welche durch Finanzbeiträge, Infrastruktur und die Verschaffung von Legitimität amerikanische Interventionen diplomatischer und militärischer Art unterstützt oder (etwa im Golfkrieg) überhaupt erst ermöglicht. Ohne NATO haben die USA gar kein Interesse an einer Truppenstationierung in Europa. Sicherheitspolitisch ist eine solche Auflösung eingedenk der neuen Nationalismen in Europa, der Verbreitung von Kernwaffen und weitreichenden Trägersystemen auf dem Erdball nur zu verantworten, wenn andere Institutionen zur Verfügung stehen.

Vor diesem Hintergrund wird auf dem rechten Flügel gefordert: „Änderung des Grundgesetzes zugunsten von UNO-Blauhelmen jetzt, Schaffung einer Eingreiftruppe für Europa, wenn der europäische Rahmen steht.“⁶⁶ Und mit dem Verlauf des Bürgerkriegs in Jugoslawien, der langen Lähmung der europäischen Institutionen, der Wirksamkeit der UNO-Bemühungen sah Norbert Gansei einen „Umdenkungsprozeß“ für UNO-Kampfaktionen in der Fraktion.⁶⁷ Doch Lafontaine verteidigte seinen Vorschlag im „Spiegel-Streitgespräch“ mit Ruhe: „Ich möchte gerade, daß es nicht zu Eingreiftruppen und ihrem Einsatz kommt. Deshalb müssen wir eben die Gedanken darauf konzentrieren: Wie können wir derartige Kriege verhindern?“⁶⁸

Die NATO wird bei Lafontaine zur KSZE, allerdings mit dem großen Vorteil der Funktionsfähigkeit. Vom militärischen Gewicht der Atlantischen Allianz verspricht er sich eine stabilisierende Wirkung auf den Krisenherd im Osten. Sollte es mit den Vorschlägen des neuen UNO-Generalsekretärs Butros Butros-Ghali im Juni 1992 zur Etablierung von Friedenstruppen und Eingreifstreitkräften unter dem gemeinsamen Kommando des Sicherheitsrates kommen, wird dieser Prozeß noch verstärkt. Aus der kollektiven Verteidigung des Westens wird ein System der kollektiven Sicherheit geboren, das angesichts der Instabilitäten im Osten dringend notwendig ist. Das Atlantische Bündnis stellt dann nicht mehr die Operationsbasis für den „Weltpolizisten USA“ dar. Europäische Truppen müßten dieser Spielart der „Neuen Weltordnung“, fortan nicht mehr folgen. Die amerikanische Hegemonie wird zum Auslaufmodell - auch ohne „Neutralismus“. Und dies wäre das außenpolitische Reformprogramm der neunziger Jahre. Es müßte nur als Denkmodell in viele Details übersetzt werden. Man darf darauf gespannt sein.

⁶⁵ G. Schmid, Anm. 19.

⁶⁶ F. Gerster, Anm. 22.

⁶⁷ Zit. n. Handelsblatt, 20.1.92.

⁶⁸ O. Lafontaine, Anm. 2, S. 32.